

137 aufwies (Messung vom 8. 9. 2012).

Die CRMS-Meßstellen müs-



Unabhängige Meßstellen in Japan

Bürgerinnen und Bürger in Japan gründeten das Projekt 47: In jeder Präfektur soll eine Meßstelle für Bürger (Citizens' Radioactivity Measuring Station (CRMS); www.crms-jpn.com) errichtet werden. In Japan gibt es insgesamt 47 Präfekturen und inzwischen schon rund 100 Meßstellen in Bürgerhand, davon 9 in der Präfektur Fukushima. In den Meßstellen wird vor allem die radioaktive Verseuchung von Lebensmitteln gemessen, wie das nach Tschernobyl rund 40 Bürgerinitiativen im deutschsprachigen Raum ebenfalls taten. Die Bürgerinitiativen kontrollieren aber auch Dekontaminationsversuche und führen Messungen der Ortsdosisleistung sowie Ganzkörpermessungen zur Beweissicherung durch.

Spenden zur Unterstützung dieser Arbeiten werden unter Angabe der Stichworte „Fukushima Projekt 47“ erbeten auf das Konto der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. bei der Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 294 29-208 BIC: PBNKDEFF; IBAN: DE 45 2001 0020 0029 4292 08

Die Spenden sind in Deutschland steuerlich abzugsfähig. Spendenbescheinigungen gibt es bei vollständiger Absenderangabe.

Bis Ende April 2013 erbrachte dieser Spendenaufwurf bereits 11.710,40 Euro. Allen bisherigen Spenderinnen und Spendern sei herzlich gedankt. ●

sen für ihre Messungen eine Gebühr nehmen, um ihren Betrieb mitzufinanzieren und ihre Unabhängigkeit zu erhalten. Die Präfektur Fukushima hat inzwischen etwa 300 Meßgeräte aufstellen lassen, wo die Bürger Proben kostenlos messen lassen können. Das ist keine leichte Situation für die unabhängigen CRMS-Meßstellen.

Messungen am Ganzkörpermeßgerät, das CRMS Fukushima zusätzlich betreibt, sind für Kinder und schwangere Frauen kostenlos, für andere Personen wird eine Gebühr verlangt.

Seit Juni 2011 hat CRMS mit einem überregionalen Netzwerk von Kinderärzten mehrfach Gesundheitsberatungen durchgeführt, seit Anfang 2013 ist es möglich, solche Veranstaltungen einmal im Monat anzubieten. Dabei geht es nicht nur um die Interpretation und Bewertung der amtlichen Reihenuntersuchungen im Rahmen der Gesundheitsstudie der Präfektur Fukushima, oder um die Werte von Personendosimetern, die Kinder an manchen Schulen tragen müssen. Es können auch Alltagssorgen besprochen und „Ferien von der Strahlung“ vermittelt werden, die Gruppen und Bürgerorganisationen in verschiedenen Regionen Japans für Kinder aus belasteten Gegenden und deren Eltern anbieten. Inzwischen kann CRMS derartige Veranstaltungen zur Kindergesundheit auch in anderen Teilen Japans, wo Evakuierte und Strahlenflüchtlinge leben, anbieten. In diesem Zusammenhang ist auch das „Lebensnotizbuch“ zu erwähnen, das CRMS entwickelt hat. Es handelt sich dabei um ein Notiz- und Tagebuch für Mütter, die dort Gesundheitsdaten und Strahlenbelastungen für ihre Familienangehörigen, insbesondere für die Kinder, sowie die Ergebnisse ärztlicher Untersuchungen festhalten können. Das ist ein wichtiger Schritt zur Autonomie der

Betroffenen, denn schon bei den Schilddrüsen-Reihenuntersuchungen der Präfektur Fukushima wurde deutlich, daß es für Eltern ein bürokratischer Marathon ist, an die Daten ihrer Kinder zu gelangen.

Im Juni 2012 veranstaltete CRMS einen ersten internationalen Kongress. Ein Teil der Beiträge ist inzwischen als Broschüre veröffentlicht, die Übersetzung und Publikation der restlichen Vorträge und Diskussionen ist in Arbeit und ein weiterer Kongress in Vorbereitung. Den internationalen Austausch hält CRMS für besonders notwendig. Die Präfektur Fukushima und die IAEA haben nämlich ein Memorandum unterzeichnet über ihre Zusammenarbeit und wollen auch ein gemeinsames „Internationales Medizinisches Zentrum Fukushima“ errichten. Der verharmlosenden, radioaktivitätsfreundlichen herrschenden Lehre will man bei CRMS jedoch keinesfalls das Feld überlassen. Auch die Auseinandersetzung um die staatliche Studie zum Gesundheitsmanagement der Bevölkerung in der Präfektur Fukushima muß weiter geführt werden. Internationale Unterstützung und kritische Begleitung ist weiterhin sehr willkommen.

CRMS arbeitet außerdem mit anderen Bürgerorganisationen und -gruppen an der Frage der Umsetzung des im Juni 2012 vom japanischen Parlament beschlossenen Gesetzes zur Hilfe für Kinder und andere Betroffene des Atomunfalls (japanische Kurzbezeichnung: shi'en-hou). Das Gesetz geht über die Bekundung guten Willens nicht hinaus. Durchführungbestimmungen, in denen geklärt würde, in welchen Gebieten und auf wen es angewendet wird, und welche Hilfen gewährt werden, lassen bisher auf sich warten. Stattdessen wurde zum Jahresende 2012 die finanzielle Unterstützung bei der Wohnungssuche für Menschen eingestellt,

die die Präfektur Fukushima verlassen wollen. In der Folge wurden die Evakuierungszonen geändert und in manchen Gebieten die Bewohner zur Rückkehr gedrängt. Die Botchaften sind: „In Fukushima ist alles wieder in Ordnung“, „Keht zurück und beteiligt Euch am Wiederaufbau“ und dergleichen. Damit will sich das Bürgerbündnis nicht abfinden. [3] **A.H.**

1. www.crms-jpn.com und Ergebnisse von Lebensmittelmessungen unter www.crms-jpn.com/mrdatafoodymd/ Verschiedene Meßreihen zu einzelnen Lebensmitteln aus der gesamten Präfektur Fukushima sind zudem in Berichten zusammengefaßt, die in japanischer Sprache unter <http://crms-fukushima.blogspot.jp> zu finden und auch als Ausdrucke erhältlich sind.
2. Falsche Strahlenmessungen beim behördlichen Umweltmonitoring in Fukushima, Strahlentelex 624-625 vom 3.1.2013, S.1-3, www.strahlentelex.de/Stx_13_62_4-625_S01-03.pdf
3. Einzelheiten dazu unter <http://shiminkaigi.jimdo.com> ●

Folgen von Fukushima

Fukushima Symposium in New York

Ein Symposium zu den gesundheitlichen und ökologischen Folgen der Atomkatastrophe in Fukushima fand am 11. und 12. März 2013 in New York statt. Es wurde von der Helen Caldicott Stiftung und den „Physicians für Social Responsibility“ organisiert. Im Rahmen des Symposiums kam es auch zu einer Videobotschaft des ehemaligen japanischen Premierministers Naoto Kan. Außerdem gab es Präsentationen von Hisako Sakiyama, einem Mitglied der unabhängigen Untersuchungskommission des japanischen Parlaments zur Atomkatastrophe in Fukushima sowie Beiträge unter anderem von Hiroaki Koide vom Forschungs-

reaktorinstitut der Universität Kyoto, von dem Biologen Timothy Mousseau, von Mary Olson vom Nuclear Information und Resource Service, von David Freeman, dem ehemaligen Vorsitzenden der Tennessee Valley Authority, von Herbert Abrams von der Stanford Universität School of Medicine, von dem Pädiater Wladimir Wertelecki, von Cindy Folkers und Kevin

Kamps von Beyond Nuclear, und von David Lochbaum von der Union of Concerned Scientists.

Videos und PowerPoint-Präsentationen von dem Symposium können auf <http://www.helencaldicottfoundation.org/> bzw. <http://www.totalwebcasting.com/view/?id=hcf> betrachtet und heruntergeladen werden. ●

Folgen von Fukushima

Japanisches Gericht erkennt eine Gesundheitsgefährdung zwar an, verweigert aber die Evakuierung

Die japanische Stadt Kōriyama in der Präfektur Fukushima ist circa 60 Kilometer von den havarierten Atomkraftwerken Fukushima Dai-ichi entfernt. Einige Monate nach der nuklearen Katastrophe haben 14 Schulkinder aus Kōriyama bzw. deren Eltern den Entschluß gefaßt, eine Klage gegen die Stadt Kōriyama anzustrengen. Das Ziel der Klage ist einfach und klar: Die Kinder wollen in einer gesunden, radioaktiv „unbelasteten“ Umwelt leben, in der die Strahlenbelastung weniger als 1 Millisievert pro Jahr (mSv/a) beträgt. Darauf wies jetzt „The Fukushima Collective Evacuation Trial Team for the Right to Education in a Safe Place“ hin. [1]

Im Juni 2011 haben daraufhin diese Kinder mit der Unterstützung ihrer Eltern gegen die Stadt Kōriyama Klage erhoben, um ihr verfassungsmäßiges Recht auf „Ausbildung in einer sicheren Umwelt“ durchzusetzen. Die Kläger machten geltend, daß die Stadt Kōriyama nach dem Gesetz verpflichtet sei, Schüler der Grund- und Mittelschulen aus der Gefahrenzone zu entfernen.

Das Bezirksgericht Kōriyama wies diese Klage in einem

Urteil vom 16. Dezember 2011 ab. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß für die Kinder keine Gefahr bestehe, solange die Strahlenexposition 100 mSv/a nicht übersteige.

Dieses Urteil war für die 14 klagenden Kinder und ihre Vertreter vollkommen inakzeptabel. Deshalb legten sie Ende 2011 beim Oberlandesgericht in Sendai Widerspruch ein.

Am 24. April 2013 entschied nun das Gericht erneut gegen die Kläger, die Klage wurde wiederum abgewiesen. Es begründete sein Urteil zusammengefaßt wie folgt:

1. Die aktuellen Werte der Hintergrundstrahlung, die in der Stadt Kōriyama gemessen werden, belegten, daß die Kinder dauerhaft einer niedrigen Strahlendosis ausgesetzt seien, was Anlaß zu großer Sorge gebe, daß dies Gesundheitsschäden nach sich ziehen werde. Hinzu komme, daß das gesundheitliche Risiko infolge der Strahlenbelastung in Zukunft noch steigen werde. Aufgrund der begrenzten Wirksamkeit der in die Wege geleiteten Dekontaminierungsmaßnahmen, könne dieses Problem nur gelöst werden, indem die Kinder die Stadt Kōriyama verlassen.

2. Obwohl Besorgnisse hinsichtlich der mittel- und langfristigen gesundheitlichen Folgen bestehen, akzeptiert jedoch das Gericht nicht, daß diese Umstände unmittelbar zu irreversiblen gesundheitlichen Problemen führen werden.

3. Im außerschulischen Alltagsleben seien die Kinder bereits andauernd Dosen von mehr als 1 mSv/a ausgesetzt. Solange die Kinder in der Stadt Kōriyama lebten, sei es nicht möglich, ihre jährliche Strahlenbelastung unter 1 mSv/a zu senken, selbst wenn die Stadt ihre schulischen Bildungsaktivitäten einstellte.

4. Es gebe keine Anhaltspunkte, daß die Weiterführung der Bildungsaktivitäten durch die Stadt ein erhebliches zusätzliches Risiko für die Gesundheit und Sicherheit der Schüler berge. Daher hält es das Gericht nicht für unangemessen, daß der Unterricht in den Schulen der Stadt Kōriyama fortgeführt wird.

Die Kläger seien nicht berechtigt zu verlangen, daß die Schulen Kōriyamas ihre Bildungsaktivitäten an einen Ort außerhalb Kōriyamas verlegen. Die Stadt Kōriyama sei ihrerseits nicht verpflichtet, solchen Forderungen zu entsprechen. Kinder, die sich entschließen, von Kōriyama fortzuziehen, müßten das an ihrem neuen Wohnort vorhandene Schulangebot wahrnehmen.

5. Das Gericht erkenne keine Gründe, die es den Kindern erschweren würden, Kōriyama freiwillig zu verlassen und sehe darüber hinaus keine Notwendigkeit, der Forderung der Kläger nach einer Massenumsiedlung stattzugeben.

Nachdem das Urteil vom 24. April 2013 ergangen war, erklärte der Anwalt des „Fukushima Collective Evacuation Trial Team“, Herr Toshio Yanagihara: „Mit einem Wort, das Urteil ist einfach nicht nachvollziehbar. Im ersten Teil der Urteilsbegrün-

dung räumte das Gericht ein, daß große Besorgnis hinsichtlich der Gesundheitsrisiken für die Kinder der Stadt Kōriyama bestehe. Das Gericht erklärte weiterhin, daß das gesundheitliche Risiko infolge der Strahlenbelastung in Zukunft noch steigen wird.

Der Tenor des zweiten Teils der Urteilsbegründung steht diesen Ausführungen dann allerdings diametral entgegen, insofern, als das Gericht den Klägern ihr Wegzugsrecht abspricht und die Stadt Kōriyama nicht in der Pflicht sieht, die Kinder umzusiedeln.“

Der US-amerikanische Linguistik-Professor und bekannte Kritiker der gegenwärtigen Weltordnung Noam Chomsky, der bereits am 12. Januar 2012 den Klägern seine Unterstützung zugesagt hatte, kommentierte das Urteil so: „Es ist zutiefst beunruhigend zu erfahren, daß die Gerichte sich bemühen, die Evakuierung von Kindern aus dem Fukushima-Umfeld zu blockieren, obwohl sie die gesundheitlichen Risiken anerkennen. Nichts sagt uns mehr über das moralische Niveau einer Gesellschaft, als die Art der Behandlung der am meisten Gefährdeten, in diesem Falle ihres wertvollsten Besitzes, ihrer Kinder. Ich hoffe und vertraue darauf, daß diese finstere Entscheidung rückgängig gemacht wird.“ [2]

Ein Erfolg der Klage hätte eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung für die rechtliche Stellung der vielen anderen von der Katastrophe betroffenen Gemeinden.

1. <http://fukushima-sokai.blogspot.com/>
2. „It is deeply disturbing to learn that the courts have blocked efforts to evacuate children from the Fukushima site, though acknowledging the health risks. Nothing tells us more about the moral level of a society than how it treats the most vulnerable, in this case its most precious possession, its children. I hope and trust that this grim decision will be reversed.“ ●